



**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpresse@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpresse@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

13.09.2017

Pressemitteilung Nr. 17/1081

**Stellungnahme von Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, zur möglichen Einflussnahme der Celler Generalstaatsanwaltschaft und Generalstaatsanwalt Frank Lüttig in ein Ermittlungsverfahren:**

„Mit ihrer Pressemitteilung vom heutigen Tage räumt die Celler Generalstaatsanwaltschaft ein, dass sie Einfluss auf eine Entscheidung der zuständigen Staatsanwaltschaft Hannover im Zusammenhang mit Ermittlungen in der Vergabeangelegenheit CIMA genommen hat.

Was bis gestern nur eine schlimme Vermutung war, ist heute bestätigt worden. Ein sogenanntes „Fachgespräch“, das mit der Staatsanwaltschaft Hannover geführt worden ist, kann doch offensichtlich nur mit dem Ziel geführt worden sein, die Entscheidung der Hannoveraner Behörde, KEIN Ermittlungsverfahren gegen den CIMA-Geschäftsführer wegen einer Vergabe einzuleiten, zu korrigieren.

Ein „Fachgespräch“ auf Augenhöhe ist wegen des in der Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft präzise dargelegten Weisungsverhältnisses gegenüber der Staatsanwaltschaft Hannover kaum vorstellbar.

Genau das offenkundig gewünschte Verhalten der Staatsanwaltschaft Hannover ist – wie wir seit der Bekanntgabe des Ermittlungsverfahrens am vergangenen Mittwoch, 6. September, wissen – auch passiert. Die Staatsanwaltschaft Hannover war zuvor scheinbar zu der Einschätzung gelangt, dass kein Anfangsverdacht besteht. Anderweitig ist die Notwendigkeit eines „Fachgesprächs“ bei der Generalstaatsanwaltschaft nicht zu erklären.

Es bedarf der dringenden Aufklärung, welche Rolle Generalstaatsanwalt Lüttig hierbei gespielt hat. Wusste er Bescheid? Hat er an dem „Fachgespräch“ teilgenommen? Hat er zu dem „Fachgespräch“ eingeladen? Entsprach das „Fachgespräch“ seinem expliziten Willen? Eine Unkenntnis seinerseits von solch einem „Fachgespräch“ ist angesichts der politisch bedeutenden Situation nicht vorstellbar.

Die SPD-Fraktion hat deshalb bereits am Dienstag dieser Woche eine mündliche Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

Das Justizministerium hat heute bestätigt, dass dort bereits ein Bericht über das Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens vorliegt. Ich gehe davon aus, dass der relevante Inhalt zum Inhalt des „Fachgesprächs“ und zur Position der Staatsanwaltschaft Hannover spätestens in der Antwort zu meiner Kleinen Anfrage dargestellt wird.

Darüber hinaus wollen wir wissen, wie oft im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren im Bereich des Handelns der Landesregierung unterschiedliche Auffassungen zwischen ermittelnden Staatsanwälten und Dienstaufsicht bestehen und bestanden haben, und wie oft in solchen Fällen Fachgespräche geführt werden.

Wir wollen auch wissen, in wie vielen Fällen nach Fachgesprächen bereits getroffene Entscheidungen von ermittelnden Staatsanwälten korrigiert worden sind.“